

Der getriebene Sektor

Landwirtschaft und Ökologie

Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer, geb. 1936 in St. Pölten/Niederösterreich, Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Landwirtschaft in Wien, Kansas und London, 1989 bis 1994 Präsident und seither Vizepräsident der „Österreichischen Gesellschaft für Biotechnologie“, lehrt Umweltökonomie sowie Umwelt- und Ressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur in Wien.

Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Dauerbrenner in der gesellschaftlichen Diskussion geworden. Die Evaluationen und Vorschläge reichen vom Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen über Umweltprobleme der Landwirtschaft aus dem Jahre 1985,¹ über die jüngsten Vorschläge zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU bis zur anlaufenden Diskussion über die nächste Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation (WTO), die für das Jahr 2000 geplant ist.

Der Laie stellt sich wahrscheinlich des öfteren die Frage, wieso gerade im landwirtschaftlichen Bereich die Probleme kulminieren. Die Antwort ist relativ einfach: Im naturnächsten Wirtschaftsbereich werden die ökologischen Defizite am raschesten und intensivsten sichtbar. Die mehrfache diffuse Grundwasserverseuchung über den Kraftfahrzeugverkehr, die noch dazu eine nicht sofort einsichtbare Wirkungskette aufweist (z. B. Luftverschmutzung - Bodenversauerung - Herausschlagen der im Boden adsorbierten Kationen durch die eindringenden Wasserstoffionen; Versauerung und Stickstoffüberdüngung der Waldböden), wird von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Wohl aber die viel leichter dingfestzumachende Boden- und Grundwasserbelastung durch die Landwirtschaft.

Die Gesellschaft hat sogar eine Selbstentschuldigungsstrategie entwickelt: Die Bauern qualifizieren als Minorität als allgemeinen Sündenbock, auf den man die eigenen Verfehlungen abschieben kann. „Wenn die Landwirte in Ordnung wären, dann wäre die Umwelt in Ordnung. Aber die Bauern bekommen ja nie genug und beuten deshalb die Natur aus“, ist eine stehende Redeweise geworden. Es ist daher angebracht, die Systemzwänge auszuleuchten, die eine nicht nachhaltig agierende Gesamtwirtschaft auf die Landwirtschaft ausübt. Es sind dies vor allem vier wesentliche Aktionsmuster der Gesamtwirtschaft, die der Landwirtschaft vorgegeben werden: Die Erwartung von unbegrenztem Wachstum, der Mißbrauch fossiler Ressourcen, kurzfristige Welthandelsstrategien und der Zwang zu industriellen Erzeugungsstrategien.

¹ RSU, Umweltprobleme der Landwirtschaft, Sondergutachten März 1985, Stuttgart/Mainz 1985.

Daß *unbegrenztes Wachstum* im Agrarbereich nicht möglich ist, weiß jeder Gärtner. Die Flächenproduktivität kann ohne ökologischen Schaden nur bis zu einem bestimmten Niveau gesteigert werden. Die übrigen Wirtschaftszweige streben aber noch immer diesem Ziel nach. Da sich erfahrungsgemäß die Löhne und Gehälter an der Grenzproduktivität der Arbeit orientieren, muß es zu einer massiven Einkommensschere kommen. Den Bauern bleibt in dieser Situation nur die *Flucht in die Größe*, in die schlanke Produktion (lean production) und in arbeitssparenden Chemikalieneinsatz, es sei denn, der Staat steuert durch die öffentliche Nachfrage nach umweltkonformen Produktionsverfahren dagegen. Letzteres wird aber bei knapper werdenden Budgets immer schwieriger. Je größer der Betrieb, desto geringer wird allerdings der persönliche Kontakt zu Boden, Pflanze und Tier. Dadurch wird nicht nur die komplexe Systemzusammenhänge spontan erkennende, rechte Gehirnhälfte ausgeschaltet, sondern es entsteht auch der Zwang zur Anwendung rauherer Produktionsmethoden. *Schlanke Produktion* bedeutet in der Land- und Forstwirtschaft verarmte Fruchtfolgen, also das Gegenteil von ökologischer Vielfalt (Biodiversität). Der *arbeitssparende Chemikalieneinsatz* schließlich bringt jene chemische Umweltbeeinträchtigung, die in aller Munde ist.² Je größer die Betriebe sind, desto schwieriger wird die angepaßte Intervention. Langzeitwirksamer und präventiver Chemikalieneinsatz sind die logische Folge. Wir sehen also, daß das allgemeine Wachstumsparadigma eine der wesentlichen Ursachen der Agrarmisere ist.

Die Weltwirtschaft wird durch den *Einsatz fossiler Ressourcen* angetrieben. Erdöl, Erdgas und Kohle dienen als Primärenergieträger und organischer Rohstoff. Dadurch kann die landwirtschaftliche Produktion nicht nur kurzzeitig hochgepeitscht werden, sondern sie verliert auch ihre Energie- und Rohstoffmärkte, was zu den gegenwärtigen Überschüssen auf den Lebensmittelmärkten führt. Letzteres verstärkt wieder den Wachstumszwang (wachsen oder weichen!). Die Zusammenhänge sind so vielfältig, daß sie am besten graphisch dargestellt werden, siehe Abb. 1 und 2.

Die derzeitige Welthandelsordnung schreibt das vorstehend dargestellte Syndrom fest. Jene, die kurzfristig die Natur am „effizientesten“ ausbeuten, sind im komparativen Vorteil. Sie werden im Wettbewerb ohne Rücksicht auf die Art der Produktion geschützt. Ihr Vorteil wird durch einen künstlich verbilligten Weltverkehr³ noch verstärkt. Da in der letzten Verhandlungsrunde des GATT (Uruguay-Runde) die Gleichstellung der Landwirtschaft mit der Industrie beschlossen worden ist,⁴ kommt zusätzlich der *Zwang zu industriellen Erzeugungsstrategien* zum Tragen. Industrielle Strategien unterscheiden sich aber in den ökologischen Anforderungen erheblich von land- und forstwirtschaftlichen. Industrielle Produktionssysteme beschränken sich in der

2 Rund die Hälfte der eingesetzten chemischen Pflanzenschutzmittel sind Herbizide (Unkrautvernichtungsmittel). Die Kostenersparnis gegenüber der mechanischen Unkrautbekämpfung beträgt ca. 50 Prozent.

3 Errichtung von Schiffs- und Flughäfen auf Gemeinkostenbasis. Haftungsbegrenzungen, Befreiung des internationalen Luft- und Schiffsverkehrs von Mineralölsteuern.

4 Es wurde formell gefordert, daß die Landwirtschaft endlich „wie jede andere Industrie“ (like any other industry) behandelt werden müsse.

Abb. 1: Wirkung der Plünderung fossiler Ressourcen



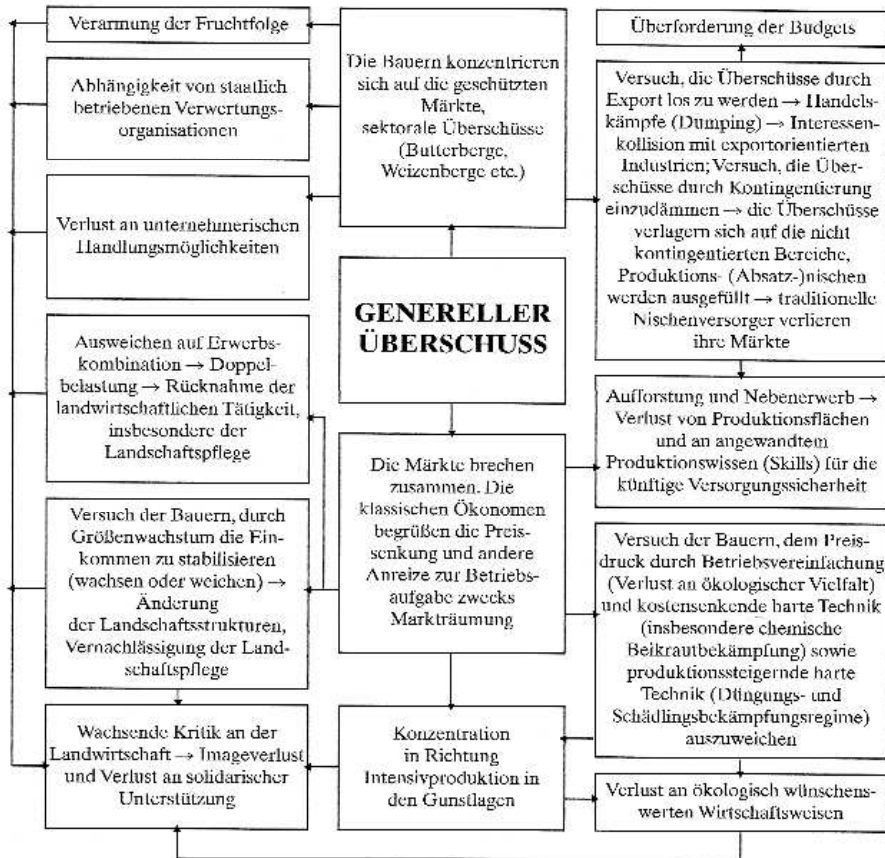
Regel auf wenige Produkte und schirmen das Produktionssystem von äußeren Einflüssen ab, so daß eine Vollautomatisierung möglich wird. Es handelt sich also um geschlossene Systeme. Von der Land- und Forstwirtschaft erwartet man aber zu Recht, daß sie in offener, synergistischer Interaktion mit der gesamten Biosphäre steht, statt alles „Störende“ zu eliminieren. Die Forderung, die Landwirtschaft wie jede andere Industrie zu behandeln, legt daher für Ungleiches gleiche und damit nicht sachentsprechende Maßstäbe an.

Die Land- und Forstwirtschaft als Minorität (mit einem Anteil von 2-5 Prozent an der Wohnbevölkerung) ist somit ein getriebener Bereich, in dem der nichtaufrechterhaltbare Wirtschaftsstil der Gesamtwirtschaft frühzeitig seine Wirkungen zeigt. Man kann die Lehre hieraus in der Feststellung zusammenfassen: Es gibt keine nachhaltige Landwirtschaft in einer nicht nachhaltig gestalteten Gesamtwirtschaft. Eine Minorität kann nicht erfolgreich gegen den übermächtigen Hauptstrom schwimmen.

Die Spitze des Eisberges

Die Probleme in der Land- und Forstwirtschaft sind somit die Spitze des ökologischen Eisberges, auf den die Industriestaaten und die sie nachah-

Abb. 2: Wirkungslinien des generellen Überschusses auf den Agrarmärkten



menden Entwicklungsländer zusteuern. Die von den Elementarversicherungen verzeichnete rapide Zunahme der Schäden weist auf eine anwachsende Destabilisierung des Ökosystems Erde hin, die schwerste Zusammenbrüche (also den Zusammenstoß mit dem Eisberg) wahrscheinlich erscheinen läßt, wenn keine Kurskorrektur erfolgt. Aber auch noch in einem anderen Aspekt müssen die Probleme der Land- und Forstwirtschaft als Eisbergspitze betrachtet werden: Die *Massenarbeitslosigkeit der Bauern* (das „Bauernsterben“) ist der Vorläufer der generellen strukturellen Arbeitslosigkeit,⁵ deren Drama sich gegenwärtig augenscheinlich entfaltet. Das Ansteigen der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität um jährlich 3 Prozent bei nicht gleich hohem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes muß zu struktureller

⁵ Siehe Heinrich Wohlmeyer, Weil wir die Umwelt ausbeuten, werden wir arbeitslos... auch die Bauern (Situationsanalyse und Auswege), in: Friedrich Schneider/Markus Hofreither (Hrsg.), Chance Landwirtschaft: Wege und Perspektiven für die neunziger Jahre. Wien 1988.

Arbeitslosigkeit führen, wenn nicht anbots- und nachfrageseitig gegen- gesteuert wird. Hinzu kommen noch die erheblichen bislang ungenützten Automatisierungsreserven.

Die gegenwärtige Welthandelsordnung, deren Kern die Zusicherung des völlig freien Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehrs ist, erlaubt praktisch nur mehr Kostensenkungs- und Qualifikationsstrategien, weil für die Verwirklichung individueller Wohlstandsmodelle die Instrumente fehlen. Die Handels-, Steuer- und Geldpolitik sind auf nationaler Ebene zahnlos geworden. Die sich so ergebende Situation kulminiert in der „Standortdiskussion“. Deren Quintessenz kann wie folgt zusammengefaßt werden: Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, muß der Sozialstaat demon- tiert werden („Wir haben uns zuviel geleistet“) und die Produktionsfaktoren Arbeit, Energie, Rohstoff, Wissen und Infrastruktur müssen billigst zur Ver- fügung stehen. Der Markt wird von selbst zu neuen wohlstandsmehrenden Gleichgewichten führen. Daher ist Deregulierung angesagt.

Was die Standortdiskutanten offenbar nicht sehen, ist die Tatsache, daß die individuellen betrieblichen (mikroökonomischen) Überlebensstrategien sich zur volkswirtschaftlichen (makroökonomischen) Bombe bündeln. So ver- zeichnen einige Staaten Europas bereits eine Jugendarbeitslosigkeit von weit über 30 Prozent (Frankreich 27 Prozent, Italien 34 Prozent und Spanien 39 Prozent) und die tatsächliche Arbeitslosigkeit in Deutschland beträgt (unter Einrechnung der verdeckten Arbeitslosigkeit) bereits rd. 14 Prozent. Solche Gesellschaften können nicht mehr als stabil bezeichnet werden. Vielmehr besteht die Gefahr, daß sie bei der parallel zunehmenden Budgetknappheit, die die sozialen Netze zum Reißen bringt, in bürgerkriegsähnliche Verhält- nisse geraten. Dabei wäre bei einer Ökologisierung der Wirtschaft unter fairen Weltmarktbedingungen genug Arbeit vorhanden. Die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen und Rohstoffe würde einen langfristigen Wirt- schaftsaufschwung auslösen, der mit der Hochkonjunktur des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar ist.

Ein solcher Aufschwung würde genügend Zeit geben, um einen soliden Umbau der Wirtschaften der Industriestaaten in sozial ausgewogene ökologi- sche Erhaltungswirtschaften mit hoher Lebensqualität zu bewerkstelligen. In einem derartigen Wirtschaftsdesign würde die Landwirtschaft nicht nur als Lieferant von Lebensmitteln, sondern auch von organischen Rohstoffen und Primärenergieträgern sowie als Drehscheibe für das Recycling organischer Stoffflüsse fungieren. Da in einer zukunftsfähigen Wirtschaftsgestaltung, die vor allem das Kriterium gerechter Überlebens- und Wohlstandschancen für alle gegenwärtig und künftig lebenden Menschen erfüllt, die Flächen knapp werden,⁶ ergeben sich für die Land- und Forstwirtschaft gärtnerisch vielfäl-

⁶ Siehe Reinhard Loske/Raimund Bleischwitz u. a.. Zukunftsfähiges Deutschland, Studie im Auftrag von Bund und Misereor, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, September 1995; Joachim H. Spangen- berg, Ein zukunftsfähiges Europa, Zusammenfassung einer Studie im Auftrag von Friends of the Earth Europe, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, November 1995.

tige, ressourcensparende, aber arbeitsintensivere Produktionsmuster und Versorgungsketten. Ich habe für Österreich ein solches Szenario abzuschätzen versucht und komme zu einer Verdreifachung des Arbeitskräftebedarfes gegenüber der derzeitigen „noch nicht strukturbereinigten“ (d. h. nach wie vor kleinstrukturierten) österreichischen Situation.⁷

Das Schicksal der im naturnächsten Wirtschaftsbereich tätigen Menschen kann somit zu Recht als bereits deutlich sichtbare Spitze des gesellschaftlichen Eisberges, auf den wir aufzulaufen drohen, angesehen werden. Das weltweite Drama der Bauern ist keine „natürliche Entwicklung“, sondern die Konsequenz des fundamentalistischen Festhaltens an „ökonomischen Notwendigkeiten“, die nur mit dem unbeirrten Kurshalten des Kapitäns der Titanic im Wettlauf um das Blaue Band verglichen werden kann.

Was gebietet die Verantwortung?

Wenn die Land- und Forstwirtschaft wieder zu einer behutsamen, vielfältigen und die Ernährungssicherheit auch der kommenden Generationen sicherstellende Naturbewirtschaftung zurückkehren soll, bedarf es einer einschneidenden Korrektur der derzeitigen Rahmenbedingungen - auch der gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) und vor allem der Welthandelsordnung (WTO, GATT). Diese müßte insbesondere nachstehenden Leitprinzipien folgen:

1. Anstreben eines in ein allgemeines Wohlfahrtsmodell eingebetteten Agrarmodelles, das den Einsatz von Öl, Gas und Kohle je Service-Einheit auf ein Zehntel reduziert.⁸
2. Dieses Modell soll nicht nur einen geringstmöglichen Energie- und Materialeinsatz aufweisen, sondern gleichzeitig auch eine hohe Flächenproduktivität ermöglichen.
3. Eine kostengünstige Lösung soll die Kluft zwischen den derzeitigen plünderungsbedingten Überschüssen und den zu erwartenden künftigen Knappheiten überbrücken.⁹
4. Im Angesicht der sich abzeichnenden ökologischen und politischen Turbulenzen und der künftigen Knappheiten bei Lebensmitteln muß der Anspruch auf gesicherte lokale Versorgung mit Nahrungsmitteln als fundamentales Menschenrecht anerkannt werden. Dies ist auch im Rahmen der WTO durchzusetzen.
5. Abgesehen von der gesicherten Versorgung mit Nahrungsmitteln muß das Abdecken weiterer Basisbedürfnisse - wie reines Wasser, reine Luft und intakte harmonische Landschaften - in die Agrarstrategien eingebaut werden.

⁷ Heinrich Wohlmeyer, Wie viele Bauern brauchen wir zum Überleben?, in: „Sind die Bauern noch zu retten?“. 2. Goldegger Herbstgespräche. Goldegg 1994.

⁸ Siehe Factor 10 Club. Carnoules Declaration, Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy, 1994.

⁹ Z. B. der sogenannte Food-Nonfood-Food-Switch — eine Strategie, die befristet eßbare Pflanzenteile als nachwachsenden Rohstoff für den technischen Sektor einsetzt, aber gleichzeitig die Verarbeitungsanlagen so gestaltet, daß sie jederzeit auf nichteßbare Pflanzenteile umgestellt werden können. Hierdurch wird die Produktionsbereitschaft erhalten und es kann flexibel künftigen Knappheiten begegnet werden.

6. Weil eine zukunftsfähige Landwirtschaft in einer nicht aufrechterhaltbar gestalteten Gesamtwirtschaft an die Wand gedrückt wird, muß ein ökologisch und sozial geordnetes Gesamtkonzept vorangetrieben werden. In einem solchen Konzept kommt der Landwirtschaft die Funktion einer unverzichtbaren Drehscheibe für die organischen Stoffflüsse zu.
7. Die künftigen Bedarfsdeckungsmuster werden auf standortorientiert-vielfältigen Agrarsystemen aufbauen müssen. Hierdurch können alle sich anbietenden natürlichen Synergismen genutzt und damit der Energie- und Materialeinsatz herabgesetzt werden. Der Einsatz von gärtnerischen Techniken kann hohe Erträge bei ökologisch geordnetem Regime ermöglichen. Das zukunftsfähige Ideal für die Überlebenssicherung ist somit exakt das bewährte System von feinstrukturierten gemischten Land- und Forstwirtschaftsbetrieben, deren Eliminierung von Kurzzeitökonomien, Vertretern von Kurzzeitinteressen in der OECD¹¹, WTO (GATT), EU¹¹ sowie von Kurzzeitpolitikern¹² gefordert wird.
8. Das Agrarkonzept muß so gestaltet werden, daß es global angewendet, aber lokal adaptiert werden kann.
9. Die in Theorie und Praxis vorherrschende oligarchische Teilung der Land- und Forstwirtschaft in eine kleinstrukturierte, arbeitsintensive, gemischte Landbewirtschaftung in den „Entwicklungsländern“ auf der einen und eine vollmechanisierte, energie- und materialintensive Großlandwirtschaft in den Industrieländern auf der anderen Seite¹³ ist weder sachlich richtig noch sozial durchhaltbar, weil die „Entwicklungsländer“ in der Wahl ihrer Strategien dem Beispiel der industrialisierten Länder folgen. Deshalb ist es notwendig, trotz der großen Vielfalt von Standorten und Kulturen zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen und ein globalisierungsfähiges Beispiel einer aufrechterhaltbaren Agrikultur zu geben.
10. Schließlich erscheint es geboten, für die künftige Ernährungssicherheit auch die Bewirtschaftung der Grenzertragsregionen aufrecht zu erhalten.¹⁴

10 OECD, National Report for Austria, 1991/92.

11 Bundesministerium für Land- und Fortwirtschaft (Hrsg.), Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft, Wien 1993, S. 131: „Die österreichischen Bauern produzieren vor allem in der Regel deshalb teurer, weil die heimische Landwirtschaft kleinstrukturiert ist. Die Flächenausstattung ist geringer, die Tierbestände je Betrieb viel kleiner und die Spezialisierung weniger weit fortgeschritten als in der EG.“

12 Z. B. forderte der tschechische Vizepremier Lux bei einer Pressekonferenz in Prag anläßlich des Ende September 1995 stattgefundenen Kongresses der Internationalen Agrarjournalisten eine noch härtere Gangart als sie die derzeitige GAP vorsieht, wobei er verschwie, daß die Kaufkraftparitäten im Durchschnitt um 250 Prozent zugunsten seines Landes verfälscht sind (ECP 1993) und im Vergleich zu den Durchschnittseinkommen der Weizenpreis rund 1 DM/kg sowie der Milchpreis rund 2 DM/kg betragen wurden, womit eine hohe nationale Rentabilität vorliegt: „Die Agrarpolitik der EU ist falsch. Denn sie ist sozial und regional orientiert und versteinert die bestehenden Strukturen, statt sie zu verändern. Die Schwachen werden erhalten, die Guten gebremst. Außerdem ist das ganze System viel zu teuer!“

13 Stephan Schmidheiny u. a., Kurswechsel, Kapitel 9, Nahrungsmittel und Landwirtschaft, München 1992, S. 187 ff.

14 Dies kann am einfachsten dadurch erfolgen, daß eine ertragsorientierte Ausgleichszahlung erfolgt, die verkehrt proportional zur Bodenbonität und proportional zu den geographischen und klimatischen Erschwernissen bemessen wird.

Eine Anmerkung zum Welthandel

Alle diese Einsichten und Forderungen werden gegenwärtig mit dem Hinweis, daß die Spielregeln des internationalen Wettbewerbes eine entsprechende Kurskorrektur nicht zuließen, in das Reich der Utopie verwiesen. Damit erheben sich drei Fragen: Ist die Hauptstromargumentation fachlich aufrechterhaltbar? Gibt es in der WTO (GATT) tatsächlich keine Möglichkeiten? Was müßte allenfalls in der internationalen Wirtschaftsverfassung geändert werden?

Zur Frage der *fachlichen Richtigkeit*: Während es im nationalen Bereich längstens seit der „Allgemeinen Theorie von Beschäftigung, Zinsen und Geld“¹⁵ von John Maynard Keynes eine anerkannte Tatsache ist, daß Märkte nicht automatisch dem erwünschten Optimum zustreben, wird im Bereich des Weltmarktes gerade das Gegenteil beharrlich postuliert. Im nationalen Bereich wurden die Unzulänglichkeiten des Marktmechanismus sogar institutionell anerkannt. Nationalbanken versuchen durch Veränderung des Zinsniveaus, durch Regulierung der Geldmenge und durch Offenmarktpolitik die Geldmärkte in eine volkswirtschaftlich optimale Richtung zu lenken. Arbeitsmarktverwaltungen greifen sogar mit quantitativen Regelungen in den Markt ein und soziale und regionale Transferzahlungen versuchen die entstehenden Asymmetrien (= Ungerechtigkeiten) auszugleichen. Wenn es aber um den Weltmarkt geht, dann ist plötzlich das Gegenteil sachgerecht. Es wird angenommen, daß der völlig freie Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr automatisch zur maximalen Wohlstandsmehrung für alle Menschen führt. Diese Schizophrenie in der Wirtschaftspolitik führt dazu, daß die nationalen Wirtschaften einer Welthandelsdynamik ausgeliefert werden, in der die Einkommen zu Lasten der Arbeitseinkommen steigen und in der jene im Vorteil sind, die am effizientesten Kurzfristausbeutung von Mensch und Natur betreiben.

Extrem kommt dies im Bereich der Land- und Forstwirtschaft zum Ausdruck. Unabhängig von den Produktionsumständen wird der jeweils niedrigste Weltmarktpreis offiziell zum zentralen Optimierungsmaßstab erhoben und gefordert, daß sich alle anderen an diesem zu orientieren hätten. Wenn sie ihn nicht erreichen, hätten sie eben keine Existenzberechtigung. Die landwirtschaftlichen Stützungsmaße der OECD (PSE) und der WTO (AMS) sind der konkrete Ausdruck dieses Denkens. Inlandspreis minus Weltmarktpreis ergibt die „Marktsubvention der Bauern“, wobei gleichzeitig unterstellt wird, daß diese die Konsumentenrente schmälert. Welche Kosten externalisiert werden und welche für den allgemeinen Wohlstand notwendigen Kuppelziele nicht erreicht werden, steht nicht zur Debatte. Wenn man ähnliche Vergleiche anderen Bevölkerungsgruppen zumutete (z. B. die Differenz zwischen dem „Inlandspreis“ eines deutschen Beamten minus dem eines chinesischen sei seine „Marktsubvention“) würde dies gewaltige Proteste auslösen und die

¹⁵ John Maynard Keynes, *General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936, Faksimileausgabe, Düsseldorf 1989.

Absurdität einsichtig sein. Bei der Minorität der Bauern wird dies aber nicht gesehen.

Völlig ausgeblendet werden hierbei auch jene schweren Verfälschungen des Weltmarktes, die verhindern, daß es überhaupt zu einer optimalen Allokation der Produktionsfaktoren kommen kann. Diese Verfälschungen sind vor allem die Duldung des plündernden und naturüberfordernden Gebrauches von Rohstoffen, die Subventionierung des Weltverkehrs (auch durch Steuerbefreiungen), die vorseilende und subventionierte Bereitstellung von Energie, die Limitierung der Haftung bei gefährlichen Großsystemen¹⁶ und die Duldung von umweltkriminellen sowie subventionierten Entsorgungssystemen.¹⁷ Es muß somit leider festgestellt werden, daß die Orientierung an einem nicht automatisch optimierenden Marktgeschehen, das noch dazu schwerstens verfälscht ist, fachlich nicht gerechtfertigt erscheint. Freiheit allein ist keine zureichende Bedingung für Gerechtigkeit und allgemeinen Wohlstand, sondern führt, wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, zum Recht des Stärkeren und zu oligarchischen Wohlstandsverhältnissen.

Zur Frage der *Rigidität der WTO(GATT)*: Die Satzungen der WTO (bzw. des GATT) sehen Möglichkeiten für die eigenständige Gestaltung nationaler bzw. supranationaler (z. B. EU) Wohlstandspfade vor. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen zum Schutze der Lebensgrundlagen (Art. XX)¹⁸ und für jene kostenwirksamen nationalen Maßnahmen, die für alle Wirtschaftssubjekte verpflichtend festgelegt wurden (Art. III). Im letzteren Fall können zur Herstellung gerechter Wettbewerbsverhältnisse importierte Produkte mit derselben Kostenlast belegt werden wie die inländischen. Beispiele wären inländische Ressourcenverbrauchsteuern und kostenwirksame Mindeststandards für eine ökologisch geordnete Produktion. So könnten zum Beispiel zur Herstellung gerechter Wettbewerbsbedingungen Exporte entlastet werden.¹⁹ Die WTO (das GATT) kennt somit rechtliche Möglichkeiten zur Absicherung regionaler Wohlstandsmodelle. Diese werden allerdings durch den herrschenden ökonomischen Neoklassizismus theoretisch, und durch die internationale Machtpolitik praktisch, für nicht anwendbar erklärt.

Es zeigen sich allerdings die Konturen einer Revolution gegen dieses theoretisch-praktische Machtkartell.²⁰ Abgesehen von der Notwendigkeit, dem Recht gegenüber Machtansprüchen in der WTO (GATT) zum Durchbruch zu verhelfen, erscheint es wünschenswert, rechtliche und *institutionelle Verbesserungen* zu lancieren.²¹

16 Z. B. Atomkraftwerke, Luft- und Schifffahrt. Hierdurch wird das Risiko sozialisiert und die Gewinne werden privatisiert.

17 Z. B. Mülltourismus, Anlandung und Verklappen auf hoher See.

18 GATT Artikel XX, Allgemeine Ausnahmen, lit. b, „Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen“.

19 Diese Vorgangsweise ist im Falle unterschiedlicher Mehrwertsteuern geläufig.

20 Hermann E. Daly, Die Gefahren des freien Handels, in „Spektrum der Wissenschaft“. Januar 1994; Horst Ahfelt: Wohlstand für niemand?. München 1994.

21 Friedrich Schmidt-Bleek/Heinrich Wohlmeyer, Trade and the Environment. Report on a Study performed by IIASA and AAAR. Vienna/Laxenburg 1991.